

„Halle hat sich das erarbeitet“

Auf dem geplanten Zukunftszentrum ruhen an der Saale gigantische Hoffnungen. Aber was soll da eigentlich passieren? Das erklärt im MZ-Gespräch die Jurychefin Katrin Budde.

HALLE/MZ. Die Bundesregierung will mehr als 200 Millionen Euro investieren und 200 Mitarbeiter sollen eingestellt werden: Der Jubel war groß an der Saale, als die Entscheidung fiel, dass Halle Standort des Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit werden soll. In Halle hofft man auf starke wirtschaftliche Effekte durch das Zentrum (siehe Grafik). Aber was soll dort eigentlich passieren? Und wie geht es jetzt weiter? Darüber sprach für die MZ Kai Gauselmann mit der Vorsitzenden der Standort-Jury, der SPD-Bundestagsabgeordneten Katrin Budde aus Magdeburg.

Frau Budde, muss man sich wegen der Haushaltskrise in Berlin Sorgen machen, ob das Zukunftszentrum wirklich kommt?

Katrin Budde: Ganz klar: Nein, um das Zukunftszentrum muss sich niemand Sorgen machen. Das ist die größte Investition der Bundesregierung in Ostdeutschland, dazu gibt es mehrere Beschlüsse des Bundestages und das ist im Haushalt eingeplant.

Okay, wie geht es nun weiter?

Der Finanzausschuss des Landtages hat grünes Licht gegeben für die Finanzierung der Verlegung der Straße, damit ist das neue Bau- und Baufeld gesichert, das ist super. Ver-



Katrin Budde begleitet das Zukunftszentrum von Beginn an.

FOTO: DPA

„Um das Zukunftszentrum muss sich niemand Sorgen machen.“

mutlich noch im ersten Quartal 2024 kann nun der Architekturwettbewerb und der Wettbewerb zur Gestaltung des Umfeldes gestartet werden. Ende 2024 kann dann entschieden und ab 2025 gebaut werden. 3,9 Millionen Euro sind eingeplant für den Aufbaustab mit 15 Mitarbeitern, im ersten Halbjahr des kommenden Jahres wird der in Halle auch sichtbar werden. Dabei wird es neben der Geschäftsstelle einen Showroom für das Zentrum geben, dafür werden gerade Räume gesucht. Es werden schon jetzt Gespräche mit Unterstützergruppen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Kultur geführt, vor kurzem gab es erst eine Jugendkonferenz mit Studierenden aus Halle, außerdem mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an der Leopoldina.

Haben Sie eine Vorstellung davon, was dann im Zukunftszentrum eigentlich konkret passieren soll?

Ja, ich habe ja nicht nur in der Jury zum Standortwettbewerb geses-



sen, sondern auch in den beiden Arbeitsgruppen davor. Wir haben dabei schon ganz viele Bürgerbegegnungen veranstaltet und das, was die Menschen da gesagt haben, in die Konzeption einfließen lassen. Da ist die Idee von den drei Säulen entstanden: Das Zentrum muss als ganz zentrales Element das Thema Bürgerbegegnung haben. Nicht nur die Begegnung von Bürgern von der Straße, sondern auch Begegnungen mit Künstlern und Künstlerinnen sowie Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen. Die zweite Säule soll praxisorientierte Wissenschaft sein, Transformationsforschung: Was

lässt sich aus der großen Transformationsleistung der vergangenen 30 Jahre für die Aufgaben lernen, die in Deutschland und Europa vor uns liegen? Und die dritte Säule soll die Galerie der Transformation und Einheit sein, die den Prozess der vergangenen 30 Jahre abbildet. Dazu sollten eine kleine Dauerausstellung, wechselnde Ausstellungen und Ausstellungen gehören, die auf Reisen gehen.

Ist das Zentrum eine Idee von oben, von der Politik? Wieviel Mitsprache hatten die Bürgerdialoge? Nein, das ist definitiv keine Idee von oben. Die Idee, ein solches

Zentrum einzurichten, kam ja eben überhaupt erst durch die Bürgerdialoge der Kommission 30 Jahre Deutsche Einheit. Es gab eine ganze Reihe dieser Dialoge, bis zur Corona-Pandemie. Und bis zur Eröffnung des Zentrums soll auch noch einiges passieren, weitere Bürgerdialoge als eine Form der Mitbestimmung bei der Gestaltung des Zentrums. Die Grundidee steht, wie sie nun konkret umgesetzt wird, das passiert auch im Gespräch mit ganz vielen Gruppen. Sobald der Aufbaustab vor Ort tätig wird, wird das auch sichtbar werden. Geplant sind auch Jugendkonferenzen in den anderen Bewerberstädten und auch in den westlichen Bundesländern. Die Wissenschaft soll dann auch erste begleitende Aufträge bekommen. Ich könnte mir Projekte vorstellen zur Demokratisierung der unterschiedlichen Generationen, von Ost und West und unterschiedlichen Bevölkerungen oder auch zum The-

„Was bedeutet Anerkennung für Ostdeutsche verschiedener Generationen?“

ma Anerkennung: Was bedeutet Anerkennung für Ostdeutsche verschiedener Generationen oder auch für Zugewanderte?

Stimmt es, dass Sie und die FDP-Politikerin Cornelia Pieper in der Standort-Jury Halle durchgesetzt haben?

Wir beide haben voller Überzeugung votiert. Aber Halle hat sich die Anerkennung der Jury selber erarbeitet. Mit der Qualifizierung der Bewerbung, des Standortes, den Ideen, die entwickelt wurden. Die Stadt hat eine klasse Arbeit geleistet. Die Vertreter der Stadt sind mit einer Mischung aus hoher Kompetenz und Bescheidenheit in die Sitzungen gegangen, die richtig gut angekommen ist. Bürgermeister Egbert Geier und sein Team haben immer auf alles eine Antwort gehabt. Das war nicht bei allen Bewerbern so.

Bescheidenheit und Kompetenz: Wie viel Egbert Geier steckt in diesem Erfolg? Hätte Halle sich auch mit dem derzeit suspendierten Oberbürgermeister Bernd Wiegand durchgesetzt?

Ich finde, da steckt sehr viel Egbert Geier drin, er war einer der Erfolgsfaktoren. Auch dadurch, dass er zum Beispiel bei den Gesprächen mit der Jury den Spezialisten in seinem Team viel Raum gelassen hat. Wie das bei Wiegand gewesen wäre, kann ich nicht beurteilen.